



Verabschiedete entscheidung

Eine sichere Energieversorgung und ein intelligentes, grünes Wachstum Eine neue sozialdemokratische Energiepolitik

Prinzipien eines sozialdemokratischen Ansatzes zu einer neuen Energiepolitik

Die Notwendigkeit einer neuen Energiestrategie für Europa und unseren Planeten wird durch hohe Energiepreise und die offensichtlichen Auswirkungen des sich verändernden Klimas unterstrichen. Die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten sind übereingekommen, dass diese neue Energiestrategie fünf verschiedene aber untereinander zusammenhängende Herausforderungen bewältigen muss:

- **Der Klimawandel und die Energiepolitik sollten in einem integrierten Ansatz angegangen werden**
- **Die Sicherheit der Energieversorgung muss gewährleistet sein**
- **Die neue Strategie muss auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit aufbauen**
- **Die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Industriepolitiken muss im Zentrum der neuen Strategie liegen, damit die wirtschaftlichen Potentiale dieser weltweiten Herausforderung genutzt werden können**
- **Das Ziel der neuen Strategie sollte ein gemeinsamer europäischer Energiemarkt sein, der auf den Prinzipien der Solidarität und der Kooperation innerhalb der Europäischen Union aufbaut.**

Während die Liberalen und Konservativen der Meinung sind, dass deregulierte Märkte die einzige Antwort auf unsere Energie- und Klimaprobleme sind, vertreten wir die Meinung, dass es höchste Zeit ist, eine langfristige Strategie zu entwickeln und sofort politische Maßnahmen zu setzen. Die Liberalen und Konservativen scheuen ein klares Bekenntnis zu einer Strategie gegen den Klimawechsel; die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten hingegen bekennen sich zu ehrgeizigen Zielen, weil wir der Meinung sind, dass die Energiefrage das wichtigste Thema unserer Zeit ist.

Unsere konservativen und liberalen Gegenspieler bieten zu unseren hauptsächlich fossilen Energiequellen keine brauchbare Alternative an. Die Schlüsselemente unserer Energiestrategie sind hingegen erneuerbare Energiequellen und Investitionen in erhöhte Energieeffizienz. Diese sind nicht nur wesentlich, falls wir unsere Ziele bezüglich des Klimawandels einhalten wollen, sondern werden auch die Versorgungssicherheit verbessern.

Die ESP ist der Auffassung, dass die herrschende Instabilität in den meisten Energielieferregionen nur durch die Behebung an der Wurzel der Probleme verbessert werden kann. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung, eine gute Regierungsführung und faire Abkommen sind viel bessere Absicherungen der Energieversorgung als das ausschließliche Verlassen auf militärische und politische Maßnahmen je sein kann, so wie von vielen Konservativen vorgeschlagen.

Für uns Sozialisten und Sozialdemokraten ist die soziale Dimension der Energiepolitik genauso wichtig wie die wirtschaftliche, die Umweltaspekte und die Versorgungssicherheit. Hohe Energiepreise für Erdöl und Strom treffen die armen Haushalte am härtesten und zwingen sie mit den hohen und manchmal untragbaren Heizungs- und Stromrechnungen sowie steigenden Kosten für öffentlichen und privaten Transport umzugehen. Die Interessen der Konsumenten und eine sozial gerechte Verteilung der Energieressourcen müssen im Zentrum einer zukünftigen Energiepolitik stehen. Wir müssen eine sichere Energieversorgung und Verfügbarkeit zu leistbaren Bedingungen und tragbaren, vorhersehbaren Preisen garantieren. Die ESP mahnt alle Mitgliedstaaten der EU, die ärmsten Bevölkerungsteile in ihrem Kampf mit den hohen Energiekosten zu unterstützen. Jedes Mitgliedsland sollte Lösungen, welche mit der jeweiligen Sozialpolitik kompatibel sind, finden. Die Regulierungsstellen für Energiefragen in den Mitgliedstaaten müssen gewährleisten, dass die allgemeine Versorgungspflicht erfüllt wird und dass exponierte und arme Verbraucher ausreichend geschützt werden.

Da wir für die nahe Zukunft fossile Brennstoffe verwenden werden müssen, sollte dies umweltfreundlicher und effizienter erfolgen. Europa benötigt eine intelligente, grüne, Wachstumsstrategie, damit es seine Bestrebungen in puncto Umwelt und Soziales, sowie eine sichere Energieversorgung sicherstellen kann. Falls Europa seinen Wettbewerbsvorteil weiterhin behaupten will, sind Investitionen in fortschrittliche Technologien der Energieproduktion und Verteilung sowie weitere Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien notwendig. Der Kampf gegen den Klimawandel und gegen die Erdöl-Abhängigkeit kann den positiven Nebeneffekt haben, in Europa qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Die ESP bietet realistische, klare Ziele und vermeidet leere Versprechungen. Wenngleich die ESP jedem Mitgliedsstaat das Recht auf eine eigenständige Energiepolitik einräumt, welche auch die Festlegung des bestmöglichen Energiemixes beinhaltet, hat die ESP auch einen gemeinsamen europäischen Energieansatz. **Unser Ansatz wird bestimmt durch eine langfristige Perspektive und nicht durch kurzfristige Gewinne oder eigennützige Pachtverträge. Wir verfolgen eine intelligente, grüne Wachstumsstrategie, welche funktionierende Märkte und innovative Staatseingriffe miteinander kombiniert.**

Die Elemente der neuen sozialdemokratischen und sozialistischen Energiestrategie für Europa

Den Klimawandel anpacken

Der Klimawandel ist das dringlichste Problem. Das öffentliche Bewusstsein für den Klimawandel und die weltweite Erwärmung steigt noch schneller als die durchschnittliche weltweite Temperatur. Tiefgreifende Veränderungen liegen vor uns. Sofortige, kosteneffiziente Aktionen müssen gesetzt werden, damit die Auswirkungen der menschlichen Aktivität auf das Klima unseres Planeten beeinflusst werden können. Wir müssen jetzt handeln, damit die Energieproduktion und der Energieverbrauch so verändert werden, dass die Bildung des schädlichen Kohlendioxids sowie anderer Treibhausgasemissionen verringert wird.

Die EU sollte eine Führungsrolle im Angehen der Herausforderung des Klimawandels spielen. Sie sollte sich für effiziente, weltweite langfristige quantifizierbare Ziele des Emissionsrückganges für die post-Kyoto Phase nach 2012 einsetzen. Die effiziente Energieverwendung, die Verwendung erneuerbarer Energien, welche weit weniger Treibhausgase produzieren, sowie die Einführung sauberer Energieproduktionen auf der Basis der fossilen Brennstoffe sind wesentliche Voraussetzungen, damit die Kyoto-Ziele erreicht werden können.

Die Schlussbemerkungen des Frühjahrsgipfels 2006 der Europäischen Union besagen, dass die Industriestaaten die Treibhausgase bis 2020 um 15-30 % auf das Niveau von 1990 verringern müssen, damit der durchschnittliche Temperaturanstieg unter dem vorindustriellen Niveau von durchschnittlich 2°C bleibt. Die internationalen Verhandlungen über den Klimawandel bedürfen eindeutig einer klaren Führung. Wir müssen einen Stimmungswandel herbeiführen, vom „Lassen Sie sich nicht aufhalten“ zum „Auch ich werde meinen Beitrag leisten“. Aus diesem Grunde schlägt die SPE vor, dass die EU einer 30%igen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 zustimmt und andere Länder dazu auffordert, ähnlich ehrgeizige Ziele zu verabschieden. Die EU muss ihre internationalen Partner veranlassen, sich auf ambitionierte Ziele bis 2020 zu einigen. Zur Verwirklichung der Ziele der Weltklimakonvention der Vereinten Nationen sind deutliche Maßnahmen unabdingbar. Kyoto ist dabei nur der erste Schritt. Dennoch werden die europäischen Anstrengungen nicht ausreichen, wenn diese nicht von den USA, China und anderen Ländern unterstützt werden, die nicht am Emissionshandelssystem teilnehmen. Wir benötigen bindende Zielvorgaben für alle Länder, die Emissionen verursachen.

Das Emissionshandelssystem (ETS) ist ein Schlüsselinstrument, um die Kyoto-Zusagen zu erreichen. Emissionsmärkte können ein effizienter Weg sein, um Emissionen von Kohlendioxid in der Wirtschaft zu reduzieren. Dies funktioniert aber nur, wenn die Emissionsquoten sehr strikt gewählt werden. Die weitere Entwicklung dieses Systems ist eine Möglichkeit für den Übergang zu einem nachhaltigen europäischen Energiesystem mit geringen Auswirkungen auf das Klima.

Das Festsetzen eines Preises für Kohlenstoff kann den Menschen die Emissionskosten von CO₂ besser bewusst machen. Daher bedarf es eines langfristigen Engagements, um das Emissionshandelssystem fortzuführen und zu erweitern. Dies gäbe Investoren und Produzenten eine größere Gewissheit. Ein zentrales Ziel internationaler Politik ist die Vorbereitung der Zeit nach dem Kyoto-Abkommen, welches 2012 endet. Unser Ziel ist es, die Unterstützung aller Länder für eine Politik der Emissionsreduzierung zu gewinnen, damit der Klimawandel aufgehalten werden kann. **Das Emissionshandelssystem ETS sollte international ausgedehnt werden und für einen Zeitraum von 20 Jahren gültig sein. Ferner sollten, nach einer gründlichen Analyse der Auswirkungen, alle wichtigen Industriezweige und alle Arten des Güterverkehrs daran teilnehmen.**



Gleichzeitig sollte das Emissionshandelssystem harmonisiert und vereinfacht werden. Es muss transparenter werden, die Datengenauigkeit muss zunehmen, damit eine Überzuteilung vermieden werden kann, ETS-Guthaben sollten einem stärkeren Versteigerungsprinzip unterliegen, für den Zertifikatshandel sollte ein Maximalwert festgesetzt werden und es sollte ein Mechanismus festgelegt werden, um einen Teil der Einnahmen aus den Versteigerungen für F&E im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu verwenden. Ein prozentueller Maximalwert sollte die Möglichkeit der Verwendung des Mechanismus der sauberen Entwicklung und der gemeinsamen Umsetzung in Drittländern begrenzen.

Die Europäische Union sollte die weitere Entwicklung einer wirtschaftlichen Methode zum Abscheiden und Aufbewahren des Kohlenstoffes in Verbindung mit Kohle, Gas und Öl unterstützen. Der Entschluss der rot-grünen Koalition in Norwegen gemeinsam mit der Industrie ein Werk zum Abscheiden des Kohlenstoffes zusammen mit einer neuen Kraft-Wärme-Koppelungsanlage zu bauen, ist ein wesentlicher Schritt in diese Richtung. **Bis zum Jahr 2015 sollte es 10 großflächige Vorführanlage in der EU geben. Bis 2020 soll das Abscheiden und Aufbewahren des Kohlenstoffes für jedes neu erbaute, mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerk zum Standard werden.**

Die Energieversorgung Europas sicherstellen

Es gibt einen immer stärkeren Konsens, dass es eines gemeinsamen Ansatzes bedarf, damit die Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden können, selbst wenn der Energiemix nationale Hoheit jedes Mitgliedsstaates bleibt. **Die Sicherheit der Versorgung zu einem vertretbaren und vorhersehbaren Preis sollte ein Hauptziel der EU sein.** Dies würde es erlauben, das Risiko eines Lieferstopps oder abrupter Preisschocks zu verhindern.

Energieeinsparungen und eine wirtschaftlichere Verwendung der heimischen Energieressourcen werden die Abhängigkeit der EU gegenüber dem importierten Öl verringern. Das ehrgeizige Ziel der schwedischen Sozialdemokraten, bis zum Jahr 2020 Schweden zu einem erdölfreien Land zu machen, kann für ganz Europa als Modell gelten. **Die EU sollte sich auf einen Fahrplan über die nächsten Jahrzehnte einigen, zur Verringerung der Abhängigkeit gegenüber fossiler Brennstoffe.**

Die Sicherheit der Energieversorgung sollte integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden, gleichberechtigt mit den Entwicklungs- und Handelspolitiken. Die EU muss bei einem gemeinsamen Dialog mit den wichtigsten Energielieferanten ihr gemeinsames Gewicht in Waagschale werfen, damit es zu festen langfristigen Partnerschaften kommt sowie zu Kooperationsabkommen im Energiesektor. Dazu ist eine **gemeinsame Strategie** notwendig, damit mit diesen Regionen und Ländern die Kakophonie der nationalen Ansätze durch einen gemeinsamen Ansatz ersetzt wird. Andererseits muss die transatlantische Kooperation verstärkt werden. Die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika hängen von importierter Energie ab. Gleichzeitig besitzen sie die besten wirtschaftlichen und technischen Ressourcen, um gemeinsame Lösungen zur Verbesserung ihrer Energiesicherheit zu finden.



Die zukünftige Vereinbarung zwischen der EU und Russland sollte eine Bestimmung über den wechselseitigen Zugang zur Infrastruktur enthalten, sowie Wettbewerbsregeln, um die Macht von Unternehmen mit einem Beinahe-Monopol auf nicht-liberalisierten Energiemärkten einzuschränken, und Aussagen zu technischen Pannen in Drittländern, welche die grenzüberschreitende Versorgung in den EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Die EU-Mitgliedstaaten und die Union sollten in ihren Diskussionen über Energiefragen mit Russland die Ratifizierung und Implementierung des Transitprotokolls und der Energiecharta fordern, die hilfreich dabei sind, die unbedingt erforderlichen ausländischen Investitionen in die russische Energie-Infrastruktur und eine angemessene Gasversorgung in der EU in Zukunft zu gewährleisten.

Partnerschaften und Kooperationsabkommen müssen zum gegenseitigen Nutzen abgeschlossen werden, speziell mit Lieferländern wie Russland, Algerien oder Libyen, mit denen die EU in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis steht. Norwegen hat eine spezielle Position inne, da es durch seine vollständige Teilnahme am gemeinsamen Energiemarkt über den EWR-Vertrag ein wichtiger strategischer Energielieferant für Europa ist. Abkommen mit den Energielieferanten Europas müssen dabei einen stabilen aber offenen Rahmen in den Lieferländern schaffen, damit die gewaltigen Investitionen getätigt werden, welche für die Förderungs- und Transportinfrastruktur notwendig sind, damit die Versorgung langfristig gesichert ist. Damit eine ganze Reihe gesicherter Öl- und Gaspipelines entstehen kann, muss dies durch Abkommen mit den Transit-Ländern abgesichert werden. Partnerschaften und Abkommen sollten auch als Möglichkeit genutzt werden, die Umweltagenda der EU voranzutreiben - durch das Einführen von Kooperationen bei den erneuerbaren Energien und der Werbung für Energiesparmaßnahmen und Maßnahmen zur gesteigerten Energieeffizienz auf internationaler Ebene. Wir benötigen einen **neuen weltweiten Energiedialog**, welcher es ermöglicht, weltweite Energiemärkte stabil, sicher und transparent zu gestalten. Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen eine Liste prioritärer Bereiche definieren, in denen sie bezüglich ihrer Außenpolitik in Energiefragen eine Einigung erzielt haben.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass ihre Beziehungen mit Ländern, die Energielieferanten sind, sowohl auf diplomatischer Ebene, Hilfsebene und Handelsebene eine steuerliche Transparenz, gute Regierungsführung sowie die Rolle der Zivilgesellschaft als Wächter des Managements der Energieeinnahmen zum Inhalt hat. Im Kampf gegen Korruption und schlechtes Management der Energieeinkünfte ist dies ein wesentlicher Aspekt, welcher jene Länder destabilisieren kann, wobei die nachhaltige Entwicklung auf der Strecke bleibt und sich ein Keim von Unruhen bilden kann, welcher wiederum die Sicherheit der Energieversorgung gefährdet.

Dieses Thema sollte in alle EU-Nachbarschaftsverträge aufgenommen werden, daneben sollten aber auch zusätzliche Maßnahmen erwogen werden, wie die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten um bürgerlichen Gesellschaftsgruppen in den Ländern, die von den Einnahmen aus ihren Energieressourcen abhängig sind, dabei zu helfen, als unabhängige Aufsichtsgremien über ihre Energiewirtschaft zu wachen, aber auch um die für Energie- und Industriefragen zuständigen Ministerien dieser Länder dabei zu unterstützen, ihre Transparenz und Good-Governance zu verbessern.



Die Kooperation mit Entwicklungsländern, die vom Energieimport abhängig sind, muss Investitionen in eine inländische umweltfreundliche, nachhaltige Energieproduktion beinhalten. Der Zugang dieser Länder zu Energieimporten muss gewährleistet werden, wobei gleichzeitig ein schädlicher Wettbewerb zwischen diesen Ländern und den entwickelten Ländern vermieden werden muss.

In die Energieeffizienz investieren

Die nachhaltige Entwicklung bedarf einer **dritten industriellen Revolution**. Deren Schlüsselement sind die Energieeffizienz und die intelligente Verwendung der Ressourcen. Wir müssen verstehen, dass die Probleme der industriellen Gesellschaften nur durch die Mittel dieser Gesellschaften gelöst werden können. Das wirtschaftliche Potential, welches sich bei der unvermeidbaren strukturellen Umstellung auf eine gesunde umweltfreundliche Wirtschaft ergeben, ist gewaltig. Neues Wachstum, neue Produkte und Technologien werden neue Arbeitsplätze bringen. Um dies zu erreichen, müssen wir in umweltfreundliche Industriepolitiken investieren. Dadurch werden wir unsere industriellen Strukturen an die zukünftigen wirtschaftlichen Herausforderungen und jene der Umwelt anpassen.

Die dritte industrielle Revolution hat neue Spitzensektoren: Neue Technologien bei der Energieproduktion sowie in Kraftwerken, Abfallwirtschaft, Transport und Mobilität, Wasserversorgung und Abwassertechnologie, Umwelttechnik und Systemtechnik, Energieeffizienz. In diesen Bereichen ist der Staat, seine Energie und seine Umweltpolitik ein wesentlicher Faktor für Investitionen und Innovation.

Energieeffizienz ist die einfachste und schnellste Möglichkeit, den Klimawandel anzugehen und die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern. Daher sollte dies die oberste Priorität für alle Energiepolitiken sein. Die EU könnte mindestens 20 % ihres aktuellen Energieverbrauches in Gebäuden, Transport und Industrie einsparen. Dies würde sowohl für Unternehmen als auch für Konsumenten gewaltige Gewinne bedeuten und mehrere hundert neue Arbeitsplätze schaffen. Die Hälfte der Verringerung dieses Verbrauches kann durch die Umsetzung der schon vorhandenen Gesetzgebung erreicht werden. Die andere Hälfte müsste durch innovative Lösungen erbracht werden.

Falls die Herausforderungen der neuen weltweiten Energierealität gemeistert werden sollen, müssen die Politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten in puncto Forschung und Entwicklung des Energiebereichs völlig überdacht werden. Der nächste Frühjahrsgipfel im März 2007 muss sicherstellen, dass die zukünftige Energiepolitik Europas durch eine ehrgeizige Strategie im Bereich Forschung und Entwicklung unterstützt wird.

Dabei kann sich die EU schon auf eine Reihe gesetzgebender Texte über die Energieeffizienz – in Gebäuden, bei der Kraft-Wärme-Kopplung, bei dem Ecodesign, der Energieeffizienz der Endverbraucher und Haushaltsgeräte – stützen. Als erste Maßnahme zur Steigerung der Energieeffizienz wäre das dringlichste Vorhaben die Umsetzung der schon vorhandenen Richtlinien.



Selbst wenn die Investitionen aufgrund Einsparungen bei den hohen Energiepreisen wirtschaftlich sinnvoll sind, ist dennoch eine politische Aktion notwendig, um die benötigten Ergebnisse zu erzielen. Dazu bedarf es der vollständigen Unterstützung jenes Regierungsbereiches, der sich am nächsten zur Bevölkerung befindet. Dies sind die lokalen und regionalen Behörden. In allen Mitgliedsländern ist ferner ein koordinierter Input der öffentlichen Forschung & Entwicklung notwendig, damit die Entwicklung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen gefördert wird.

Die Europäische Kommission hat einen **neuen EU-Aktionsplan zur Energieeffizienz** vorgestellt. Die Mitgliedsparteien des ESP unterstützen die Hauptelemente dieses Plans: Die Schüsselemente lauten:

Produkte mit hoher Energieeffizienz: Das öffentliche Bewusstsein über umweltrelevante Themen verstärkt die Bereitschaft der Konsumenten ihre Gewohnheiten zu ändern. So wollen zum Beispiel immer mehr Menschen zur Verringerung der Verschmutzung der Atmosphäre beitragen. Aus der Sicht des Verbrauchers sind die wichtigsten Entscheidungen jene, die – abgesehen von der Heizung des Wohnortes – mit Transport und elektrischen Haushaltsgeräten verbunden sind. Die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen sollten diese Veränderung im Verhalten der Konsumenten unterstützen. Für die richtige Wahl, benötigen die Konsumenten Transparenz. Nationale und europäische Behörden sollten ihnen mit angemessenen Gesetzen die Macht geben, sich richtig zu entscheiden.

Neue Technologien müssen entwickelt werden. Diese müssen eine gegenseitige Kommunikation zwischen den Haushalten und den Energielieferanten ermöglichen, damit Haushaltsgeräte zu Zeiten verwendet werden, in denen die Nachfrage gering ist, wodurch sich der Preis und die Nachfrage zu den Spitzenzeiten verringert.

Energie Labels und Dienstleistungen für eine effiziente Nutzung durch den Endverbraucher ermöglichen es dem Konsumenten, eine Wahl zu treffen und fördern die Verwendung von energiesparenden Geräten. In Zukunft werden wir eine genauere Analyse des Energieverbrauches solcher Geräte über deren gesamten Lebenszyklus benötigen, als wir es zur Zeit besitzen.

Alle neuen Gesetzestexte sollten die Produkte mit der höchsten Energieeffizienz unterstützen; die SPE unterstützt die Einführung von Top-Runner-Standards für elektrische Haushaltsgeräte und die Pläne der EU-Kommission, auf internationaler Ebene Normen der Energieeffizienz auszuhandeln, nach dem Vorbild des gemeinsamen „Energy Star“-Programmes der EU und der Vereinigten Staaten für eine energieeffiziente Büroausrüstung.

Gebäude, Planung und Bauwirtschaft: Der Energieverbrauch von Gebäuden könnte bis zum Jahr 2020 um mehr als 25 % verringert werden. Dies würde den gesamten Energieverbrauch der EU um ungefähr 11 % verringern. Speziell in den neuen Mitgliedstaaten gibt es noch enorme Einsparungspotentiale im Bereich des Wohnbaus und der urbanen Infrastruktur. Diese Maßnahmen können unter den angemessenen Bedingungen teilweise durch den europäischen Fonds für regionale Entwicklung oder andere europäische Programme finanziert werden.



Für uns Sozialdemokraten ist es inakzeptabel, dass speziell Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen keine substantiellen Energiesparmaßnahmen in ihren Heimen durchführen können, wodurch ihre Energierechnung sinken würde und sie zukünftigen Preiserhöhungen weit weniger ausgesetzt wären. Die Mitgliedstaaten der EU sollten diesbezüglich dem britischen Beispiel folgen und diese BürgerInnen zu diesem Zweck unterstützen.

Die europäischen Gesellschaften müssen Entscheidungen treffen und besonders eine Gemeinschaft schaffen, welche mehr Zusammenhalt bietet. Das Scheitern einer Flächenwidmungspolitik spiegelt sich speziell in den großen urbanen Zonen wieder. Dies wird durch die zentrale Rolle des Personenkraftwagens und des steigenden Anteils an Elektroheizungen verdeutlicht. Während der nächsten Jahre muss die Sozialpolitik eine zentrale Rolle einer engmaschigen Gemeinschaftsstruktur einräumen, die effizient in Umweltbelangen ist, und die die Expansion von Fernwärmesystemen erleichtert. Eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeplanung ist ganz wesentlich, will man unnötige Transportwege und effizientere Heizungsformen umsetzen. Ferner sollte die Rolle der lokalen und regionalen Behörden im Prozess der Bewusstseinsbildung, sowie die Planung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Transport: Der Transportsektor verursacht fast 60 % des Erdölverbrauches Europas. Sollte der aktuelle Trend anhalten, würde der Erdölverbrauch dieses Sektors bis zum Jahr 2030 um mindestens 30 % steigen. Im Transportsektor gibt es noch genügend Potential für Energiesparmaßnahmen sowie effizienterer Energienutzung verbunden mit dem dringenden Bedarf, die CO2 Emissionen gemäß des Kyoto-Protokolls zu verringern.

Um die negativen Auswirkungen im Bereich Umwelt und Energie der Transportwirtschaft abzufangen, sollten umweltfreundliche Alternativen zur Straße – wie die Schiene, die Binnenschifffahrt und der Seeverkehr gestärkt werden. Um dies zu erreichen, benötigen wir zwischen den verschiedenen Transportmodi faire Wettbewerbsregeln. Ferner gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die inländische Produktion von Bio-Kraftstoffen für den Transport, die Waldwirtschaft und die Landwirtschaft zu steigern.

Eine neue Gesetzgebung und steuerliche Anreize auf nationaler Ebene sollten jene Transportmodi unterstützen, die die Energie am wirksamsten einsetzen und am saubersten sind; die SPE unterstützt die Ziele des EU-Aktionsplans für eine höhere Energieeffizienz, welcher vorsieht, durch verpflichtende Gesetzgebung im Automobilbereich bis zum Jahr 2012 die Kohlenstoffemissionen auf 120 gr/km pro Unternehmensfuhrpark zu senken und dies durch ein weiter reduziertes Ziel bis zum Jahr 2020 festzuschreiben. Verordnungen für eine sauberere Luftfahrt und geringere Schiffsemissionen sind dringend notwendig.

Die Förderung der Produktion alternativer Kraftstoffe auf Biomasse-Basis wird die Abhängigkeit der EU vom Erdöl weiter verringern und kann einen signifikanten Beitrag zur Verringerung der CO2 Emissionen leisten.



Eine verbesserte Energieproduktion: Die Energieproduktion benötigt ungefähr ein Drittel des gesamten Primärenergiebedarfs. Die durchschnittliche Energieeffizienz bei der Produktion von Strom liegt bei ungefähr 40 %. Eine neue Generation der Energieproduktion kann die Effizienz auf fast 60 % erhöhen. Die Verluste bei der Übertragung und Verteilung des Stromes, welche ungefähr 10 % betragen, können ebenfalls verringert werden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen positive Bedingungen schaffen, welche Investitionen in eine neue Generation von Kraftwerken förderlich sind.

Das Bewusstsein des Konsumenten ist der Schlüssel für die Einführung energieeffizienterer Geräte sowie zur Senkung des Energieverbrauches in Gebäuden und in der Transportwirtschaft. Bewusstseinsbildende Marketingaktivitäten sind notwendig. In allen Mitgliedstaaten sollten die nationalen Pläne zur Energieeffizienz, welche ab 2007 vorgeschrieben sind, einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Die „Energiekultur“ der lokalen Gemeinschaften kann die Energiewahl der einzelnen Konsumenten beeinflussen. Einmal mehr kommt dabei den lokalen und regionalen Behörden eine Schlüsselrolle zu in der Unterstützung der Bewusstseinsbildung sowie bei der Unterstützung von Maßnahmen zur verbesserten Energieeffizienz und Energieerhaltung.

Ein wirklich umweltfreundliches Steuersystem, in dem schädlicher Steuerwettbewerb vermieden wird, könnte zu einem Verhaltenswechsel der Bürger beitragen. Eine durch die Umweltbelastung motivierte Besteuerung könnte speziell in der Transportwirtschaft zu einem besseren wirtschaftlichen Gleichgewicht der Transportmodi untereinander führen, welche Kohlenstoff ausstoßen wie Autos, Güterverkehr auf der Straße, per Schiff oder Luftfahrt sowie Transportmodi, die für die Umwelt schonender sind oder gar auf erneuerbaren Energien aufbauen.

Die SPE leitet eine Initiative der Städte und Regionen ein, welche sich der Förderung des effizienten Umgangs mit Energie in öffentlichen Gebäuden, im öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) sowie bei der Planung verschrieben hat. Dabei benötigen wir Benchmarking-Initiativen, die den Energieverbrauch in urbanen Gebieten verringern können und mit Strategien zur Stadtplanung und zum Transport kombiniert werden. Die ESP unterstützt den Austausch guter Praktiken zwischen den lokalen und regionalen Behörden. Dabei steht im Mittelpunkt die Rolle der BürgerInnen im Wandel der Energieverbrauchsschemata und der Reduzierung der Treibhausgase.

Die Förderung erneuerbarer Energien

Die Nachfrage nach erneuerbaren und effizienteren Technologien steigt stetig. **Die EU muss ihre aktuellen Wettbewerbsvorteile und ihre Technologieführerschaft in diesem Gebiet weiter behaupten.** Dies kann am besten durch einen stabilen gesetzlichen Rahmen sichergestellt werden, welcher eine signifikante Expansion der erneuerbaren Energien in der EU sicherstellt, damit Investoren das Vertrauen haben, stärker in erneuerbare Energien, F&D und Produktionskapazitäten zu investieren.

Eine Abkehr von den fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbarer Energie ist eine wesentliche Voraussetzung, um unser Bekenntnis zum Klimawandel zu erfüllen. Selbst wenn ein Wechsel zu diesen neuen Energiequellen hohe Investitionen verlangt, bieten sich gleichzeitig großartige wirtschaftliche Möglichkeiten.

Umweltpolitik wird zur Wirtschaftspolitik, denn der Kampf gegen den Klimawandel ist gleichbedeutend mit neuen Investitionen, Arbeitsplätzen, Technologie und Exportmärkten.

Der Stern-Bericht für die britische Regierung hat gezeigt, dass wir vor einer einfachen Wahl stehen: Entweder wir investieren in erneuerbare Energiequellen und verringern den Ausstoß von Treibhausgasen, oder die Weltwirtschaft wird mit der schwierigsten wirtschaftlichen Krise der modernen Geschichte konfrontiert sein. Langfristig soll es keinen Konflikt zwischen erschwinglichen Energiepreisen und einer progressiven Klimapolitik. **Daher erachtet die SPE erneuerbare Energien als das Schlüsselement der neuen Energiestrategie.**

Die SPE mahnt alle Mitgliedstaaten der EU, ihre Anstrengungen zu erhöhen, nicht nur um die vorhandenen Ziele zu erreichen, sondern um erneuerbare Energien weiter langfristig zu fördern, in dem immer ehrgeizigere Ziele angestrebt werden. Wir unterstützen das Ziel des EU-Rates im Frühjahr 2006, den Anteil der erneuerbaren Energie bis zum Jahr 2015 auf 15 % und den der Biokraftstoffe auf 8 % zu erhöhen. Gemessen am Gesamtenergieverbrauch könnte der Anteil erneuerbarer Energiequellen bis zum Jahr 2040 auf mindestens 50 % steigen. Solch ein Ziel kann nur erreicht werden, falls sich alle Stakeholder diesem verschreiben.

Die EU muss einen stabilen, langfristigen politischen Rahmen schaffen, welcher Investoren eine klare Orientierung gibt, in welche Märkte sie investieren sollen. Dieser Rahmen wird das EU-Ziel für eine gesteigerte Energieeffizienz von mindestens 20 % bis zum Jahr 2020 enthalten wie bindende sektorielle Ziele für erneuerbare Energien, damit bis zum Jahr 2020 ein Anteil von **25 % der Primärenergie aus erneuerbaren Energiequellen stammt.**

Bioenergiequellen können eine umweltfreundliche nachhaltige Alternative zu den fossilen Energiequellen bieten. Die Bioenergie hat das Potenzial, unsere Abhängigkeit von Öl und Gas zu verringern. Die Bioenergie hat die Fähigkeit die Umweltverschmutzung zu verringern, kann aber auch eine ganze Reihe anderer Umweltprobleme verschlimmern, falls sie nicht vorsichtig entwickelt wird.

Die Verwendung von Bioenergie muss den gleichen Standards in punkto Effizienz, Nachhaltigkeit und Kohlenstoffemissionen entsprechen wie die anderen Energiequellen auch. Das Energiegleichgewicht muss die Emissionen fossiler Brennstoffe verringern, darf aber zu keinem Verlust von Gewässern aufgrund von Überdüngung führen.

Investitionen in und die Verwendung von erneuerbaren Energiequellen sind notwendig für die Schaffung einer nachhaltigen umweltfreundlichen Gesellschaft. Ferner können sich diese auch positiv auf das Wachstum und die Arbeitsplatzschaffung auswirken. Investitionen in Bioenergie werden dazu beitragen, eine sichere und nachhaltige Energieversorgung zu schaffen, sowie das Wachstum und die Arbeitsplatzschaffung positiv beeinflussen. Biomasse liefert schon jetzt den Hauptanteil an erneuerbarer Energie für die EU25 und hat ein signifikantes Potential, um in Zukunft noch wichtiger zu werden.

Obwohl die Ressourcen und Bedingungen für die Biomasseproduktion zwischen den verschiedenen europäischen Ländern sehr unterschiedlich ausfallen, kann fast überall in Europa eine Art der Bioenergie produziert werden. Ein verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen für die Transportwirtschaft sowie die Verwendung eines größeren Teils der landwirtschaftlichen Flächen der EU für die Produktion von Bioenergie, sofern dies kostendeckend ist, sind dabei besonders interessant. Die Produktion der Bioenergie kann in ländlichen Regionen auch zu mehr Arbeitsplätzen führen.



Das aktuelle Niveau von fünf Prozent pro Volumen Ethanol im Benzin ist eine schwerwiegende Hürde, um das vom europäischen Rat vorgegebene Ziel zu erreichen, nämlich, dass bis zum Jahr 2010 5,75 % aller Kraftstoffe, die von der Transportwirtschaft verwendet werden, Biokraftstoffe sein sollen. Es ist daher besonders wichtig, dass die Regeln geändert werden, damit dem normalen Benzin 10 Prozent Biokraftstoff beigemischt werden kann.

Die EU sollte verstärkt Mittel der Forschung und Entwicklung alternativer Kraftstoffe widmen: Die Entwicklung einer zweiten Generation von Biokraftstoffen benötigt politische und finanzielle Unterstützung, damit sie in den Markt gebracht werden kann. Eine Möglichkeit ist die zwingend erforderliche Verwendung alternativer Kraftstoffe. Die EU hat schon ein Ziel von 5,75 % Anteil an Biokraftstoffen in Personenkraftwagen, Bussen und Lastkraftwagen festgesetzt. Solche Ziele, zusammen mit verstärkter Forschung & Entwicklung schaffen einen Kreis der Tugend, bei dem die Ziele neue Anreize für neue Technologien schaffen, welche wiederum ehrgeizigere Ziele ermöglichen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen:

- **Erneuerbarer Elektrizität einen fairen Zugang zum Verteilernetz gewährleisten**
- **Signifikante zusätzliche öffentliche Investitionen in F&E der erneuerbaren Energien tätigen**
- **Die Verwendung von Bioenergie durch die Entwicklung eines kohärenten politischen Ansatzes, welcher Energie, Transport, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Entwicklung und Handel umfasst, unterstützen**
- **Das volle Potential der erneuerbaren Energien für Heizung und Kühlung einlösen.**

Die Diversifizierung des europäischen Energiemixes

Es gibt keinen goldenen Weg für die nachhaltige Energieversorgung. Verschiedene Länder finden verschiedene Lösungen, welche ihren Ansprüchen am besten entsprechen. Der Energiemix hängt von der Größe, Geschichte, Entwicklung, Kultur, den Bodenschätzen und dem menschlichen Kapital des jeweiligen Landes ab; es sollten einfach jene Energiequellen den Vorrang erhalten, die wenig oder kein CO₂ ausstoßen. Die Verwendung fossiler Kraftstoffe wie Erdöl, Kohle und Erdgas tragen aber alle zu einer Verschlechterung des Klimawandels bei. Unsere Priorität ist daher eine effizientere Energienutzung sowie die Umsetzung erneuerbarer Energien.

Wasser-, Wind- und Sonnenkraft sind wichtige erneuerbare Energiequellen für den Energiemix der europäischen Länder. Das Ausmaß der Nutzung dieser Quellen hängt von den natürlichen Gegebenheiten und der Wahl der nationalen Politiken ab. Wir möchten Synergien der nationalen und europäischen Programme nutzen, damit der Energiemix überall in Europa dementsprechend geändert wird.

Selbst wenn die erneuerbaren Energien Priorität erhalten, werden die traditionellen Energiequellen in absehbarer Zukunft genutzt werden. Der technische Fortschritt kann die Auswirkungen fossiler Brennstoffe auf die Umwelt und das Klima verringern. Die Industrie sollte unterstützt werden, um in die Technologie der reinen Kohle und der Kohlenvergasung mit CO₂ Abscheidung und Aufbewahrung zu investieren.



Thermische Kraftwerke müssen ihre Energieausbeute verbessern; die Kraft-Wärme-Kopplung und die Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung muss unterstützt werden, wobei die erzeugte Wärme dazu verwendet wird, industrielle Prozesse anzutreiben oder Fernwärme und Fernkälte. **Eine rationalere Verwendung der zurzeit dominanten Energiequellen könnte ein wichtiger Beitrag zu Energiesparmaßnahmen und einer höheren Energieeffizienz sein**, wodurch sich umweltschädliche Emissionen verringern würden. Eine ganze Reihe neuer, innovativer Technologien sind am Entstehen. Diese müssen mit Hilfe entsprechender Politiken und Verordnungen unterstützt werden.

Dezentrale Technologien zur Stromerzeugung werden sich wahrscheinlich entwickeln. Unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung zu unterstützen. So sollten zum Beispiel weitere Untersuchungen bezüglich Energieproduktion im Wohnbaubereich unternommen werden.

Die Atomkraft ist in vielen Mitgliedstaaten der EU ein wichtiges Element des Energiemixes. Andere haben sich gegen ihre Verwendung entschieden. Nukleare Sicherheit ist ein gemeinsames Anliegen aller Mitgliedstaaten. Auch in der Zukunft soll die Wahl des Energiemixes ein klassischer Fall für die Subsidiarität sein.

In Europa werden Lösungen großen Ausmaßes auf der Tagesordnung stehen, wenn die Entscheidungen über die Erneuerung der mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke getroffen werden müssen. Diese Kraftwerke erreichen das Ende ihres technologischen und wirtschaftlichen Lebens. **Wir benötigen einen klaren politischen Rahmen für Investitionen in neue Kraftwerke.** Dennoch bleibt die Verantwortung für die Finanzierung und Umsetzung neuer Kraftwerke bei den Betreiberfirmen.

Wertschöpfung: eine europäische Dimension der Energiepolitik

Eine gemeinsame europäische Energiestrategie ist kein Selbstzweck. Sie ist notwendig, da Europa ohne politische Solidarität zwischen seinen Mitgliedstaaten nicht in der Lage sein wird, seine Energieversorgung sicherzustellen und eine effiziente Klimastrategie umzusetzen. Unsere Konsumenten benötigen eine politische Verordnung unserer Energiemärkte, damit ein echter Wettbewerb entsteht, welcher zu tragbaren Energiepreisen führt. Wir Sozialdemokraten denken weiter als die Märkte.

Ein gemeinsamer europäischer Markt erhöht die Chancen auf der Basis gemeinsamer Interessen mit den Energieproduzenten faire Abkommen auszuhandeln. Es wird Europa auch ermöglichen, eine Energiepolitik zu entwickeln, die auf der Solidarität mit den Entwicklungsländern begründet ist. Die Europäische Union kann die weltweiten Herausforderungen des Klimawandels und der unsicheren Energieversorgung nur mit gemeinsamen Aktionen meistern. Nur durch eine Koordinierung der nationalen Anstrengungen in Forschung & Entwicklung können wir die Einführung neuer erneuerbarer Energien beschleunigen. Der einzig gehbare Weg, um Energiemonopole zu kontrollieren, ist eine gemeinsame Aktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Die Stabilität unsere Stromnetze hängt genauso stark von einer gemeinsamen europäischen Aktion ab wie die Sicherheit unserer Gas- und Erdölversorgung. Gemeinsam kann Europa seine Wettbewerbsvorteile im weltweiten Energie- und Technologiemarkt verwenden.

Durch das Fehlen einer klaren, europaweiten Energiestrategie fahren die Mitgliedstaaten fort, ihre eigenen nationalen Strategien zu verfolgen, welche auf inländischen politischen Kriterien und Notwendigkeiten beruhen. Dadurch verbleibt **sehr wenig Spielraum für die Politikkooperation auf EU-Ebene.**

Es gibt aber einen immer stärkeren Konsens, dass es eines gemeinsamen Ansatzes bedarf, damit die Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden können, selbst wenn der Energiemix nationale Hoheit jedes Mitgliedsstaates bleibt.

Unsere Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene stehen vor einer gemeinsamen Verantwortung in der Verfolgung einer proaktiven langfristigen öffentlichen Energiepolitik. Von der Erstellung bis zur Umsetzung wird in diesem Bereich die Qualität der öffentlichen Politik der Schlüssel zum Erfolg sein. Der nächste europäische Frühjahrgipfel wird diesen hohen Erwartungen entsprechen müssen. **Im März 2007 sollten die Mitgliedstaaten eine globalere Vision des gemeinsamen europäischen Interesses am Energiesektor formulieren, damit die Realisierung des Binnenmarktes im klaren politischen Rahmen festgeschrieben wird, der jetzt noch fehlt.** Die Europäische Union kann die nationalen Energiestrategien effektiv ergänzen, wodurch ein Mehrwert entstehen kann.

Das gemeinsame Ziel der EU muss es sein, den bestmöglichen Energiemix zu erstellen, der intelligent, realisierbar, wirtschaftlich, effizient und so umweltverträglich wie nur möglich ist. Innerhalb der EU sind die Herausforderungen im Energiebereich von Natur aus gleich, auch wenn zwischen den Mitgliedstaaten eine etwas heterogene Energiesituation vorherrscht. Jedes Mitgliedsland sollte, stets als Teil einer gemeinsamen europäischen Strategie, seine eigene Verantwortung tragen, gemäß seiner Bodenschätze, klimatischen, hydraulischen, geologischen und geographischen Gegebenheiten.

Als Ergebnis der offensichtlichen Vielfalt zwischen den Mitgliedstaaten schreitet das Entstehen regionaler Energiemärkte fort (auf der iberischen Halbinsel, in den nordischen und baltischen Staaten, Frankreich, Deutschland und den Beneluxländern...). Die SPE unterstützt diesen Prozess, denn die Regionalisierung des Binnenmarktes kann dazu beitragen, dass die Integration des EU-Energiemarktes schneller voranschreitet, als wie wenn keine neuen Barrieren entstünden.

Die Deregulierung des Energiemarktes innerhalb der EU hat bisher nicht den Erwartungen entsprochen. Frühere nationale oder regionale Energiemonopole kontrollieren immer noch den Zugang der Mitbewerber zu ihren Netzen. Ein wettbewerbsfähiger europäischer Markt wurde noch nicht geschaffen. Dieses Versagen bezahlen die Konsumenten. Entgegen den Erwartungen sind die Preise nicht überall gefallen. Je nach Mitgliedstaat sind sie immer noch signifikant unterschiedlich. Als Teil eines europäischen Strom- und Gasnetzes gibt es immer noch sehr wenig interne Marktintegration im Bereich der gegenseitigen Verbindungen zwischen den nationalen Lieferanten. Die verbesserte Funktionsweise der nationalen und regionalen Energiemärkte muss aber gegenüber weiteren gegenseitigen Verbindungen der Vorrang gegeben werden. Ferner ist es auch wichtig, dass weitere gegenseitige Verbindungen mit der Verantwortung gekoppelt werden, dass die inländische Produktion erneuerbarer Energien steigen muss. Als Bestandteil eines gut funktionierenden internen Marktes muss ein fairer Zugang zu den Netzen für alle Energieproduzenten garantiert werden.

Märkte sind lediglich ein Teil der Antwort. Da aufgrund einer zu geringen Entbündelung der Energieproduktion und Verteilung, die herkömmlichen Energieproduzenten die Produktion und Verteilung der Elektrizität kontrollieren, setzt in einer Reihe von Mitgliedstaaten **der Markt seine Diskriminierung gegenüber der aus erneuerbarer Energie produzierten Elektrizität fort.** Als Bestandteil eines gut funktionierenden Energie-Binnenmarktes, muss ein freier Zugang zu den Netzen garantiert werden.

Die Kompetenzen und Aktionen der nationalen Regulatoren sollten koordiniert werden und, falls notwendig, die Schaffung eines europäischen Regulators erwogen werden. Nationale Regulatoren im Energiebereich sollten für die Wettbewerbsbehörden in den Mitgliedstaaten eine Beraterrolle erhalten und dafür Sorge tragen, dass Energieunternehmen gesetzlich verpflichtet sind, den Kunden Ratschläge zu Energieeinsparungen zu geben. Die EU muss in der Lage sein, unsere Energiesicherheit zu stärken, die Entwicklung der Netze zu garantieren, unsere Produktions- und Verteilungswerkzeuge zu planen, die Möglichkeit des Energieeinkaufes zu sichern sowie unsere Forschungs- und Innovationsfähigkeiten zu fördern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten ihre politischen Verpflichtungen mit Blick auf die Entwicklung fehlender Energie-Zusammenschaltungen umsetzen, und besonderes Augenmerk auf entlegene Gebiete und Grenzregionen der EU legen.

Für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ist es eine gemeinsame Herausforderung stabile und vorhersehbare Bedingungen zu schaffen, damit große Investitionen getätigt werden, welche wiederum notwendig sind, damit die europäischen Bürger eine verlässliche und nachhaltige Energieversorgung genießen. Genauso ist es für uns alle eine gemeinsame Herausforderung, den Klimawandel zu bekämpfen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, unseren Planeten für die jetzige und für zukünftige Generationen zu retten.

